

Für unsere Demokratie – Demokratiebildung entlang der Bildungskette

Starke Demokratie – starke Wirtschaft – starkes Land

22. August 2025

Warum dieses Papier?

Die freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie ist für Deutschland von unschätzbarem Wert. Die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland wurde ausdrücklich als Gegenmodell zur menschenverachtenden Diktatur des Nationalsozialismus gegründet. Sie verstand sich ebenso als Gegenmodell zu kommunistischen „Volksdemokratien“. Eng verbunden mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist die Soziale Marktwirtschaft.

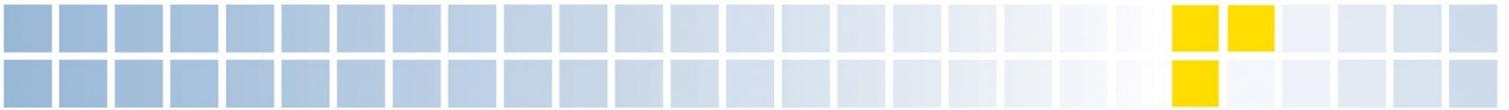
Die Idee der Menschenwürde, der Grundrechte und der Freiheit Aller hat ihren festen Platz allein in der liberalen Demokratie. Nur sie ermöglicht gleichberechtigte politische Teilhabe, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Pluralismus und Toleranz. Nur sie ist geprägt von Gewaltenteilung und sichert die Pressefreiheit. Nur sie strebt nach Chancen und Gerechtigkeit für alle, Nachhaltigkeit und Frieden. Allerdings muss sie von uns allen auch getragen, mit Leben erfüllt und verteidigt werden. Im Alltag wird Demokratie schnell zur Selbstverständlichkeit. Vieles wird als gegeben angenommen.

Heute steht unsere freiheitlich-demokratische Ordnung vor großen Herausforderungen. Sie ist von innen und von außen bedroht. Antidemokratische Kräfte und Parteien, extremistische Gruppen und autokratische Systeme bekämpfen diese Ordnung und ihre Werte. Die liberale Demokratie muss sich immer wieder beweisen – im globalen Wettkampf der Systeme und im Kampf gegen antidemokratische Kräfte.

Eine besondere Verantwortung trägt die Politik. Sie muss im Rahmen der repräsentativen Demokratie zeigen, dass die Demokratie als Staatsform funktioniert. Die Politik muss die Gesellschaft repräsentieren, die Probleme der Menschen aufgreifen und lösen und Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten.

Zur liberalen Demokratie gehören unabdingbar der Streit um die richtige Lösung, der Konflikt und schließlich der Kompromiss. Eine Debattenkultur und die Fähigkeit zum Kompromiss sind soziale Kompetenzen, die junge Menschen frühzeitig und systematisch erwerben sollten – ebenso wie Kooperations- und Kritikfähigkeit. Hinzu kommt das Wissen um demokratische Prozesse, das in der schulischen Bildung nicht fehlen darf. Junge Menschen sollten frühzeitig und kontinuierlich Demokratie erleben und sich dabei als handelnde Personen erfahren. Lernprozesse knüpfen am besten an die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen an.

Die sozialen Medien haben zuletzt den Diskursraum vergrößert, gleichzeitig aber auch verengt



und soziale Echokammern und Informationsblasen geschaffen. Sie engen den Austausch der Meinungen und Argumente ein. Desinformation, Hassrede und Verschwörungserzählungen im Netz setzen unsere offene Demokratie unter enormen Druck. Mit diesen neuen Herausforderungen umgehen zu lernen, ist eine Aufgabe für das Bildungssystem entlang der gesamten Bildungskette.

Die Arbeitgeber in Deutschland stehen zu unserer Demokratie und ihren Werten: Wie alle sind sie durch den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat geschützt. Nur in einem stabilen, freiheitlich-demokratischen Umfeld können Unternehmen langfristig planen, investieren, Arbeitsplätze schaffen und selbstbestimmt wirtschaften. Nur in einem Umfeld, das unterschiedliche Perspektiven zulässt, kann Innovation entstehen. Davon lebt unsere Wirtschaft, das stärkt den Wohlstand und das Wohlergehen aller in unserem Land. Die Sozialpartnerschaft ist getragen vom Willen zur Zusammenarbeit und Kooperation. Dies schließt Konflikte und Kompromissuche mit ein. Unterschiedliche Interessen suchen den Dialog, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Dieser sozialpartnerschaftliche Dialog kann ein Vorbild für die Debattenkultur in unserer Demokratie sein.

Zusammenfassung

Unser Bildungssystem muss verstärkt die Demokratiebildung in den Blick nehmen und weiterentwickeln. Dabei geht es nicht darum, den Menschen zu sagen, wen sie zu wählen haben oder wie sie sich äußern sollen. Im Gegenteil: Die Meinungsfreiheit bleibt ein hohes Gut, das geschützt werden muss. Vielmehr geht es darum, allgemeine Kompetenzen wie Kooperations- und Kritikfähigkeit, aber auch das Mitgestalten demokratischer Prozesse zu erleben und zu erlernen: Das Bildungsziel sind demokratische Kompetenzen. Die Menschen sollen befähigt werden, bewusster Teil der Demokratie zu werden. Thema müssen zunehmend auch die Funktionsweisen und der sinnvolle Umgang mit sozialen Medien sein.

Demokratiebildung beginnt in der Kita und hat einen Schwerpunkt in der allgemeinbildenden Schule. Sie setzt sich in Aus- und Weiterbildung und Studium fort. Die Arbeitgeber tragen im Rahmen ihrer Aus- und Weiterbildung zur Demokratiebildung bei. In den Betrieben ist zudem eine gelebte Unternehmenskultur gefragt, die zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.

Im Einzelnen

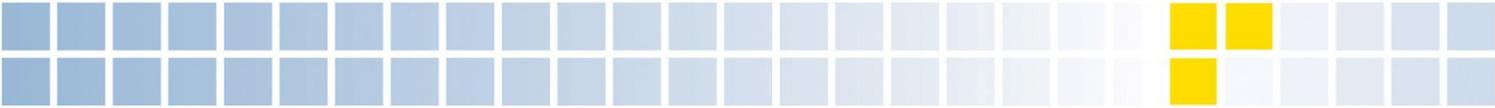
1. Werte und demokratische Kompetenzen vermitteln – in Kita und Schule

Ziel sollte es sein, dass sich junge Menschen zu informierten, kundigen und aktiven Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Die allgemeinbildende Schule hat den gesetzlichen Auftrag der Demokratiebildung, den sie verstärkt wahrzunehmen hat. Die sozialen Basiskompetenzen sollen dabei schon in der Kita gefördert werden.

Die Schule sollte den jungen Menschen die maßgeblichen Kompetenzen für das Verstehen und Mitgestalten unserer freiheitlichen Demokratie mitgeben¹:

- **Inhaltliches Wissen mitnehmen:** Der Unterricht muss das System der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie sowie der Sozialen Marktwirtschaft klar vermitteln. Dabei sind die Unterschiede zu Autokratie, Theokratie und Diktatur wie zu Plan- und Clanwirtschaft zu erarbei-

¹ Vgl. zu den folgenden Punkten: Gutachten 2020: [Bildung zu demokratischer Kompetenz. Aktionsrat Bildung vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft](#), Münster: Waxmann 2020



ten. Damit entwickeln sich Urteilskraft und Kritikfähigkeit der jungen Menschen. Auch die Verwundbarkeit unserer Demokratie und der Beitrag aller Einzelnen zu ihrem Erhalt sollten deutlich werden.

- **Soziale und personale Kompetenzen entwickeln:** Für die Demokratie unverzichtbare Kompetenzen sind schon durch die Kita zu fördern, wenn Kinder in den Austausch von Argumenten gehen und einander zuhören. In der Schule sind sie kontinuierlich weiterzuentwickeln, wenn Aufgaben gemeinsam gemeistert und Konflikte ohne Gewalt ausgetragen werden. Schülerinnen und Schüler sollten Selbstwirksamkeit erfahren und Verantwortung für andere übernehmen. Bildungsziele sind Respekt vor der Meinung anderer, Bereitschaft zur Perspektivenübernahme, Rücksicht gegenüber Schwächeren und respektvolles Miteinander. Sie helfen, die Pluralität der Interessen und Meinungen zu akzeptieren, und machen politische Kompromisse möglich.
- **Bundesweite Bildungsstandards vereinbaren:** Die Bildungsministerkonferenz sollte gemeinsame Lernziele für die Demokratiebildung verbindlich vereinbaren. Demokratiebildung sollte fächerübergreifend gestaltet werden, um ihre Relevanz im Schulalltag zu stärken. Wirksame Lehr- und Lernkonzepte müssen allen Schulen zur Verfügung stehen. Die Hochschulen und Studienseminare sollten in der Ausbildung der Lehrkräfte das Thema Demokratiebildung verstärkt aufgreifen, damit sie ihre Kompetenzen weiterentwickeln können. Dies gilt ebenso für die Träger von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte.
- **Demokratische Prozesse erleben:** Junge Menschen sollten erleben, dass sie mitwirken und einen Unterschied machen können. So erwerben sie erste praktische Erfahrungen mit Prozessen des Kompromissfindens – sei es über die Mitwirkung in den Schulgremien, ein Ehrenamt, als Streitschlichter und Konfliktlotse, mit dem Gestalten von Projekten in der Schule oder in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern². Sie sollten zudem ermutigt werden, in Initiativen, Vereinen und Parteien mitzuwirken, die unsere Demokratie tragen. Umgekehrt sollten demokratische Akteure junge Menschen gezielt ansprechen und aktiv einbeziehen.
- **Soziale Medien konstruktiv nutzen:** Kinder und Jugendliche wachsen heute mit sozialen Medien auf – sie sind ein zentraler Bestandteil ihrer Lebensrealität. Daher sollte die Schule das Thema aktiv aufgreifen. Demokratische Kompetenz braucht heute auch Medienkompetenz: Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig lernen, digitale Inhalte kritisch zu hinterfragen, Informationen einzuordnen und verantwortungsvoll zu kommunizieren. Lehrkräfte brauchen deutlich mehr Unterstützung für den Umgang mit Desinformation, Hassrede und Verschwörungserzählungen. Fortbildungen für alle Lehrkräfte in Digitalkompetenzen und die Integration des Themas in die Lehrkräfteausbildung sind notwendig. Auch Eltern müssen in diesen Bildungsprozess einbezogen werden. Schulsozialarbeit und außerschulische Jugendarbeit können die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zusätzlich stärken. Angesichts der Informationsflut sind zumal die Resilienz der Jugendlichen und ihre Fähigkeit zum Fokussieren zu fördern.
- **Wege in Beruf und Gesellschaft finden:** Die Berufliche Orientierung in der Schule muss an den Stärken und Interessen der Schülerinnen und Schüler ansetzen und ihnen früh Perspektiven aufzeigen. Junge Menschen wollen sich zu Recht akzeptiert sehen, mit ihren Themen gefragt sein, einen Platz in Gesellschaft und Arbeitswelt für sich finden. Auch Betriebspraktika weisen Jugendlichen den Weg in die Zukunft. Schulen und Betriebe arbeiten dazu im Netzwerk [SCHULEWIRTSCHAFT](#) vor Ort zusammen.

² Gute Praxisbeispiele: [Toolbox Demokratiebildung](#) der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung

2. Demokratische Kompetenzen lernen – in Ausbildung und Studium

Bildungseinrichtungen müssen Demokratiebildung als zentralen Bestandteil des Lernprozesses verstehen und gezielt stärken. Die Berufsbildung kann nicht nur berufliche Handlungsfähigkeit, sondern auch demokratische Kompetenzen vermitteln. Sie muss die zukünftigen Fachkräfte auf die Arbeitswelt von morgen vorbereiten und dazu befähigen, Verantwortung zu übernehmen und die liberale Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Auch in der Hochschulbildung gilt es, Diskurs- und Schlüsselkompetenzen gezielt zu fördern.

- **Demokratiebildung in den Berufsschulunterricht integrieren:** Die Berufsschulen müssen im Sinne ihres allgemeinen Bildungsauftrags die Demokratiebildung stärken und in den Unterricht integrieren. Ziel ist es, junge Menschen zu verantwortungsvollem Handeln, zu Mitwirkung und gesellschaftlicher Teilhabe zu befähigen. Dafür sind die bestehenden Möglichkeiten einer verstärkten Demokratiebildung in der Berufsschule gezielt zu nutzen. Auch die 2021 aktualisierten Standardberufsbildpositionen bieten inhaltliche Anknüpfungspunkte.
- **Betriebe als Lernorte demokratischer Kompetenzen nutzen:** Ausbildungsbetriebe sind mehr als Arbeitsorte. Sie können demokratische Kompetenzen gezielt fördern, indem sie demokratische Werte in der Zusammenarbeit und im Team erlebbar machen, eine Feedbackkultur und Möglichkeiten der Partizipation schaffen³. So können Auszubildende Selbstwirksamkeit erfahren. Neben der fachlichen Ausbildung sollten junge Menschen im Betrieb auch lernen, wie man Konflikte löst, sich eine Meinung bildet und faires Feedback gibt. Auszubildende können in eigenverantwortlichen Projekten und der Zusammenarbeit im Team erleben, sich aktiv einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Dafür sind Ansätze geeignet, die Eigenverantwortung, Teamfähigkeit und Selbstreflexion fördern. Wo es eine Auszubildendenvertretung gibt, können sich junge Menschen auch dort zur Wahl stellen und sich engagieren. Konflikte, die von außerhalb in den Betrieb hineingetragen werden, müssen adäquat adressiert werden können.

Good practice:

Hermann-Schmidt-Preis

Wie demokratische Kompetenzen in der Ausbildung engagiert vermittelt werden können, zeigt der Hermann-Schmidt-Preis des Bundesinstituts für Berufsbildung 2024⁴:

- Das Projekt „MUTausbruch“ der [Evonik AG](#) sensibilisiert Auszubildende für Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. Es ermutigt sie zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Das Projekt „Ausbildungskompetenz+“ des Bildungswerks der Sächsischen Wirtschaft⁵ vermittelt demokratische Werte über eine digitale Lernplattform.

Siemens – Baustein „Xplore“

Die Siemens AG integriert mit dem neuen Baustein „Xplore“ demokratische Werte in die Ausbildung. Das Konzept fördert gesellschaftliches Engagement und greift Themen wie Gleichberechtigung, Teilhabe und Fake News auf. Praktische und soziale Inhalte werden verbunden z. B. durch einen Demokratietag, Social-Media-Wettbewerbe und Projekte zur Erinnerungskultur.⁶

³ Vgl. <https://www.kofa.de/mitarbeiter-finden/ausbildung/wie-ausbilden/soziale-kompetenz-schlüsselqualifikation/>

⁴ Vgl. [BIBB / Hermann-Schmidt-Preis 2024: Drei Projekte ausgezeichnet](#)

⁵ Das Bildungswerk der sächsischen Wirtschaft bietet zudem Escape Room Projekttag für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Lehrpersonen an: [Mobiler Escape Room für gesellschaftspolitischen Unterricht](#)

⁶ Vgl. [Pressemitteilung Siemens](#)

Vereinigung der bayerischen Wirtschaft – Werte und Demokratie

Aus dem Modellprojekt „Werte.BS – Werte und Demokratie an der Berufsschule erfahren und erleben“ der Stiftung Bildungspakt Bayern ist die Plattform [Werte.BS](#) entstanden – ein auf die berufliche Bildung zugeschnittenes Angebot zur Werte- und Demokratiebildung. Die Website mit Informationen, Materialien und Good-Practice-Beispielen wird von der Stiftung Wertebündnis Bayern verantwortet. Die vbw hat das Modellprojekt ermöglicht und gefördert.

Continental – Demokratie erLeben

Demokratie erLeben ist ein Workshop-Programm, das die Themen Demokratie, Werte und Vielfalt fest in die betriebliche [Ausbildung](#) bei Continental integriert. Toleranz und Verantwortungsgefühl werden gestärkt.

- Hochschule für den Diskurs nutzen: (Dual) Studierende müssen ihre Hochschulen als Orte erleben, an denen sie sich wissenschaftlich mit Themen auseinandersetzen. Wissenschaftlich heißt: Studierende lernen, Argumente nach anerkannten Kriterien zu belegen, sich mit Thesen ergebnisoffen und mit unterschiedlichen Positionen sachlich auseinanderzusetzen. Der demokratische Rechtsstaat sichert die Freiheit von Wissenschaft und Lehre, umgekehrt stärkt freie Wissenschaft demokratische Kompetenzen. So helfen Kritikfähigkeit und Urteilskraft gegen Desinformation im Netz und einen verengten Diskurs. Der Austausch gut begründeter Argumente fördert Toleranz für andere Sichtweisen. Der Raum für freien Diskurs ist weit, aber nicht grenzenlos. Er endet dort, wo Gesetze verletzt werden – bei Aufrufen zu Straftaten, rassistischen oder antisemitischen Äußerungen oder Angriffen auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass jede Äußerung unwidersprochen bleiben muss – wohl aber, dass unterschiedliche Meinungen gehört und im Rahmen des Rechts sachlich diskutiert werden.
- Schlüsselkompetenzen in der Hochschule stärken: Hochschulen sollten insgesamt soziale Kompetenzen und Schlüsselkompetenzen fördern, z. B. im interdisziplinären Miteinander. Hochschulen können die Persönlichkeitsentwicklung stärken, indem sie Studierende eigene Interessen und Fähigkeiten entdecken und entwickeln lassen. Dies sind wichtige Elemente, um als zukünftige Fach- und Führungskräfte gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Stiftung der deutschen Wirtschaft

Die Stiftung der Deutschen Wirtschaft leistet aktive Beiträge zur Förderung von Demokratiebildung. So ist Demokratiebildung in die **Programme des Studienförderwerks** Klaus Murmann für angehende [Lehrkräfte](#) und für [Kindheitspädagoginnen](#) und -pädagogen integriert. Im Programm [TidA](#) für Auszubildende ist der DemokratieCampus des Bundesverbands der Freien Berufe fester Bestandteil der ideellen Förderung. Alle Geförderten werden in ihrem ehrenamtlichen Engagement und der Verantwortungsübernahme für unsere Demokratie gestärkt. 89 % der Ehemaligen im Studienförderwerk geben an, sich ehrenamtlich zu engagieren, gegenüber 36 % der 18-29-Jährigen in Deutschland insgesamt.

Deutscher Arbeitgeberpreis für Bildung

Der [Deutsche Arbeitgeberpreis für Bildung](#) 2025 hat das Thema: „**Zusammenhalt stärken – Demokratie fördern!**“ Es werden Bildungseinrichtungen aus den Bereichen Kita, Schule, Berufsschule und Hochschule ausgezeichnet, die den Zusammenhalt stärken und die Demokratiebildung fördern. Sie zeigen jungen Menschen, dass es sich lohnt, in einer freiheitlichen, pluralen und rechtsstaatlichen Demokratie mitzuwirken und sich zu engagieren.

3. Gesellschaftliche Umbrüche im betrieblichen Alltag aufgreifen – mit Weiterbildung

Arbeitgeber können ihre zentrale Rolle in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung zukünftig verstärkt nutzen, um das Verständnis für unsere freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie zu fördern und Demokratiebildung zu unterstützen. Schon heute ist dies vielfach der Fall, ohne dass es Betrieben bewusst ist oder so benannt wird. Dieses Bewusstsein muss geschärft werden. Der betriebliche Kosmos bildet die Gesellschaft im Kleinen ab. Als ständig lernende Organisation bieten sich im Betrieb zahlreiche Anknüpfungspunkte, um das Thema demokratische Werte und Kompetenzen direkt oder indirekt im Rahmen der innerbetrieblichen Weiterbildung aufzugreifen. Damit können Betriebe ihren Teil zur Demokratiebildung beitragen:

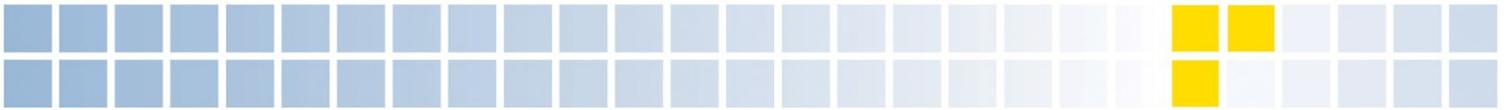
- **Mit betrieblicher Weiterbildung Demokratiekompetenzen stärken:** Gesellschaftliche Herausforderungen wie steigende Politikverdrossenheit kommen sehr schnell auch im betrieblichen Alltag an. Sie stören diesen genauso, wie sie das gesellschaftliche Miteinander stören. Betriebe sind hierbei ebenso herausgefordert wie unsere Gesellschaft. Betriebe sind geübt darin, Kompetenzen zu stärken und Selbstwirksamkeit zu entfalten, die auch Grundlage einer funktionierenden Demokratie sind. Dies betrifft z. B. die Zusammenarbeit in einem divers zusammengesetzten Team oder das Prüfen und Verarbeiten unterschiedlicher Informationen. Dazu bieten viele Betriebe Weiterbildungsangebote an und können damit implizit auch demokratische Kompetenzen vermitteln. Für kleine und mittlere Unternehmen sind verstärkt niedrigschwellige und praxisnahe Formate anzubieten z. B. kompakte Lernbausteine, regionale Unterstützungsangebote oder gezielte Förderprogramme, die sich gut in den Arbeitsalltag integrieren lassen.
- **„Future Skills“ als Teil demokratischer Bildung verstehen und vermitteln:** Betriebe achten schon aus Eigeninteresse darauf, dass Schlüsselkompetenzen und [Future Skills](#) ausreichend vorhanden sind bzw. von ihnen vermittelt werden. Aktuell stehen dabei u. a. Themen wie Veränderungsbereitschaft oder Umgang mit Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz im Mittelpunkt. Die Bereitschaft und Offenheit mit Veränderungen umzugehen, sind auch zentral für das Zusammenleben in einer Demokratie. Mit der Wichtigkeit digitaler Medien steigen auch die Anforderungen an digitale Kompetenzen. Digitale Kompetenzen müssen auch im Sinne digitaler Mündigkeit und gesellschaftlicher Mitgestaltung verstanden und vermittelt werden. Bei den Future Skills sollte das Thema Demokratie mitgedacht und, wenn möglich, eingebunden werden.

Bildungswerke der deutschen Wirtschaft als wichtige Partner der Demokratiebildung

Bildungswerke der Wirtschaft sind ein wichtiger Partner für die Betriebe, gerade im aktuellen Strukturwandel. Das Thema Demokratie bzw. Folgen von Demokratieverdrossenheit wird in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung immer wichtiger. Entsprechende Angebote können die Unternehmen in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche entscheidend unterstützen. So hat z. B. das Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft einen [Blog zur Demokratiebildung](#) aufgesetzt, in dem Themen wie Fake News, Rassismus oder Diskriminierung aufgegriffen werden. Zudem bietet es [Weiterbildungen](#) für Betriebe zu eben diesen Themen an.

4. Unternehmenskultur sichtbar machen – pro Demokratie

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist Basis für Unternehmertum, Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftsstärke. Sie ermöglicht Vielfalt und Teilhabe aller im Wirtschaftsstandort Deutschland. Es ist der richtige Schritt, wenn Unternehmen sich entscheiden, Flagge zu zeigen, und sich gegen Extremismus und Polarisierung wenden. Das gilt gerade in Zeiten, in denen Populisten und Extremisten die Demokratie angreifen und das Vertrauen in unser politisches System zu untergraben versuchen.



Die Demokratie zu bewahren und zu stärken liegt in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Arbeitgeber dürfen, können und sollten Beschäftigten nicht vorschreiben, was diese zu denken haben. Unternehmen können ihre Mitverantwortung aber wahrnehmen, indem sie die Werte unserer demokratischen Grundordnung hochhalten. Viele Unternehmen gehen mit gutem Beispiel voran, indem sie z. B.:

- **Haltung zeigen:** Mit klar kommunizierten Werten stärken Unternehmen das Demokratieverständnis der Beschäftigten. So können sie z. B. zur Beteiligung an Wahlen auf Europa-, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene aufrufen, ohne ihren Beschäftigten vorschreiben zu wollen, dass oder wen sie wählen sollen. Einige Unternehmen haben sich zu relevanten Ereignissen – wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine – geäußert.
- **Offene und vielfältige Unternehmenskultur leben:** Arbeitgeber und Führungskräfte wirken als Multiplikatoren und Vorbilder, indem sie eine offene Kommunikationskultur im Betrieb pflegen. Unternehmen sind z. B. bereits dabei, Arbeitskräfte mit vielfältigem Profil zu integrieren. Dazu braucht es eine klare Haltung, ein diskriminierungsfreies Umfeld und ein Klima der Offenheit und Toleranz. Mentoring-Programme und Sprachlernangebote sind nur einige Beispiele für das Engagement der Arbeitgeber. Angesichts des Fachkräftemangels wollen und müssen Arbeitgeber alle Potenziale nutzen. Unternehmen können zudem von vielfältigen Belegschaften profitieren, denn diverse und inklusive Teams verfügen häufig über das größere innovative und kreative Potenzial.
- **Beschäftigte unterstützen und weiterbilden:** Unternehmen unterstützen ihre Beschäftigten und bilden sie bei Bedarf weiter. Dabei stellt sich zunehmend die Herausforderung, gegenüber Desinformation, Hassrede und Verschwörungserzählungen aufmerksam zu sein und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Arbeitgeber, die diese Themen aufgreifen, setzen ein Zeichen, dass ein ausgeprägtes Werte- und Demokratieverständnis der Belegschaft wichtig ist. Programme wie der Business Council for Democracy bieten sinnvolle Unterstützungsangebote.

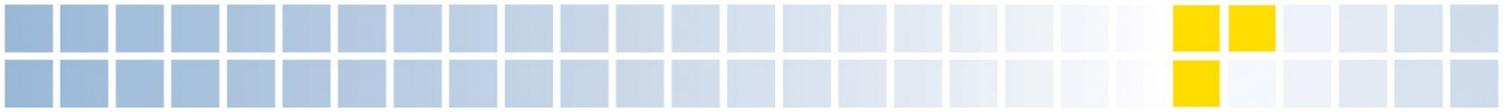
Business Council for Democracy

Der [#BC4D](#) ist ein Angebot für Unternehmen: In Schulungen erfahren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr über die Ausbreitung von Hassrede, gezielte Desinformation und Verschwörungserzählungen und lernen, etwas dagegen zu tun. Die BDA unterstützt die Initiative von Anfang an und bietet die Schulungen auch für die eigenen Beschäftigten an. Projektpartner sind Institute für Strategic Dialogue, Gemeinnützige Hertie Stiftung und Robert Bosch Stiftung GmbH.

Ansprechpartnerin:

BDA | DIE ARBEITGEBER
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Abteilung Bildung
T +49 30 2033-1500
bildung@arbeitgeber.de



Die BDA organisiert als Spitzenverband die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft. Wir bündeln die Interessen von einer Million Betrieben mit rund 30,5 Millionen Beschäftigten. Diese Betriebe sind der BDA durch freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbunden.